

Dr. Andreas Dombret
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank

**Finanzstabilitätsbericht 2010
der Deutschen Bundesbank**

Frankfurt am Main
25. November 2010

– Es gilt das gesprochene Wort –

I Die Lage

Die Stabilitätslage im deutschen Finanzsystem wird weiter von den aus dem internationalen Umfeld stammenden Risiken dominiert. Es sind dabei vor allem zwei Themen, die im Mittelpunkt stehen und uns auch auf absehbare Zeit beschäftigen werden: erstens die seit Frühsommer dieses Jahres anhaltende europäische Staatsschuldenkrise und zweitens die potenziellen Risiken, die mit einer langen Phase niedriger Zinsen einhergehen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass sich die Stabilitätslage des deutschen Bankensystems seit Veröffentlichung des vorherigen Stabilitätsberichts merklich verbessert hat. Dank stabilerer Erträge und einer verbesserten Kapitalausstattung haben die deutschen Banken ihre Risikotragfähigkeit erhöht; die Risikolage hat sich, insbesondere im inländischen Kreditgeschäft, leicht entspannt. Doch weist das deutsche Bankensystem nach wie vor auch Verwundbarkeiten und strukturelle Schwächen auf.

Einen längerfristigen Stabilitätsgewinn werden vor allem die überarbeiteten Regulierungsvorschriften für mehr Eigenkapital und für eine angemessenere Liquiditätsausstattung der Banken bringen. Eine noch zu lösende zentrale Herausforderung stellt dagegen der Umgang mit systemisch relevanten Finanzinstituten dar.

II Gefahren aus hohen Staatsschulden und anhaltenden Niedrigzinsen

Die europäische Staatsschuldenkrise ist das einschneidende Ereignis der vergangenen Monate gewesen. Ihr Ausbruch im Frühsommer dieses Jahres führte dazu, dass die europäische Finanzstabilität akut gefährdet wurde. Regierungen und Notenbanken haben

daraufhin rasch und massiv reagiert und konnten eine Eskalation der Krise verhindern. Unsere „Heat map“ zeigt das steigende Risiko im Segment der Staatsanleihen in Europa an [Folie 4]: Gegenüber dem Vorjahr ist die „Ampel“ von Grün auf Rot gesprungen. Allerdings kann man auch positive Entwicklungen erkennen. So sind die Anspannungen am Interbankenmarkt gesunken, nicht zuletzt weil die Banken mittlerweile deutlich weniger Liquidität horten.

Das Problem der hohen Staatsschulden wirkt jedoch weiter und wird uns noch für einige Zeit beschäftigen. Es geht somit auch darum, die längerfristigen Herausforderungen anzugehen und dauerhaft tragfähige Staatsfinanzen sicherzustellen.

Hierzu gibt es drei wesentliche Ansatzpunkte: Erstens müssen die Fiskalregeln gehärtet werden. Zweitens sollte die makroökonomische Entwicklung in den Mitgliedstaaten in Zukunft intensiver überwacht werden. Mit diesen beiden Ansätzen sollten staatliche Schuldenkrisen verhindert werden. Vollkommen ausschließen kann man sie aber auch in Zukunft nicht. Deshalb ist drittens die Einrichtung eines Krisenbewältigungsmechanismus eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des bestehenden Rahmenwerks. Dabei sollten unter strenger Beachtung des Haftungsausschlussprinzips im absoluten Ausnahmefall auch an strikte Konditionen gebundene und eng befristete Hilfeleistungen an einzelne Mitgliedstaaten möglich sein, wenn die Stabilität der Währungsunion insgesamt gefährdet ist. In einem solchen geregelten Krisenmechanismus sollten auch die privaten Gläubiger nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Dabei ist aber ausdrücklich festzuhalten, dass ein solcher Mechanismus erst nach dem Ende der Krise etabliert werden und nicht in bestehende Verträge eingreifen sollte.

Neben den Risiken von der Schuldenkrise gilt es, die Gefahren im Auge zu behalten, die mit einer anhaltenden Niedrigzinsphase einhergehen können. Dazu zählt insbesondere, dass im Rahmen einer wieder zunehmenden "Suche nach Rendite" neue Blasen an einzelnen Märkten für Vermögenswerte entstehen könnten. Dies stellt kein aktuelles Problem dar, könnte aber auf mittlere Frist relevant werden.

Anhaltend niedrige kurzfristige Zinsen fördern darüber hinaus das Eingehen von Liquiditätsrisiken und sorgen auf diese Weise dafür, dass Banken anfällig für Marktstimmungen bleiben. Zwar war eine stärkere kurzfristige Refinanzierung der Banken in Zeiten starken Misstrauens kaum zu vermeiden; die Korrektur dieser Ausweitung hat bisher noch nicht stattgefunden. Somit bleiben die Banken möglicherweise auf Kollisionskurs mit dem hohen Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte, da in den nächsten Monaten hohe Emissionen an Staatsanleihen zu erwarten sind.

Schließlich kann reichlich vorhandene Liquidität Banken dazu verleiten, notwendige weitere Bilanzbereinigungen in die Zukunft zu verschieben. Hohe Altlasten in den Kreditportfolios können aber dazu führen, dass sich Banken bei der Vergabe neuer Kredite länger zurückhalten werden.

III Aspekte der Risikolage im deutschen Bankensystem

Jenseits der vom internationalen Umfeld ausgehenden Gefahren stellt sich die Risiko- und Stabilitätslage im deutschen Finanzsystem günstiger dar als vor einem Jahr. Die Ertragslage der Banken hat sich vom Einbruch im Jahr 2008 weiter erholt, und die Kapitalausstattung hat sich verbessert. So haben die großen, international tätigen Banken seit dem ersten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal 2010 ihre Kernkapitalquote im

Durchschnitt um 2,4 Prozentpunkte auf 10,4 % erhöht. Schließlich ist das deutsche Bankensystem stets voll funktionsfähig und die zeitweilig befürchtete Kreditklemme ausgeblieben.

Unser Finanzsystem erhält derzeit Rückenwind durch die gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Der Aufschwung fällt mit über 3 % Wachstum dieses Jahr kräftig aus und stützt damit die Bonität der inländischen Schuldner. Zudem profitiert das Vertrauen in das deutsche Bankensystem auch davon, dass die öffentlichen Haushalte in Deutschland als vergleichsweise solide gelten.

Verwundbarkeiten und strukturelle Schwächen im deutschen Bankensystem bestehen indes fort. Die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit zwischen einzelnen Instituten beziehungsweise Institutsgruppen sind eher noch größer geworden. Deshalb geht es nun auch darum, Überkapazitäten abzubauen und, wo nötig, zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln. Denn der von der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausgehende Rückenwind kann eines Tages auch wieder abflauen.

Im Folgenden will ich einzelne Bildausschnitte der Risikolage im deutschen Bankensystem vergrößern.

Der internationale Trend zur kurzfristigeren Finanzierung gilt auch bei uns. Der Anteil umlaufender inländischer Bankschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr lag viele Jahre ziemlich stabil bei 22 %. Aktuell beträgt er 30 % und bleibt damit hartnäckig hoch [Folie 7]. Immerhin ist das deutsche Bankensystem auf gutem Weg, eine stabilere Zusammensetzung der Refinanzierungsquellen zu erreichen. So ist der Anteil der Einlagen von Nichtbanken an den gesamten Passiva von 37 % vor Ausbruch der

Finanzkrise auf inzwischen 40 % gestiegen. Die Einlagen von Nichtbanken sind vergleichsweise stabil und mindern somit Refinanzierungsrisiken. Die Banken sollten damit fortfahren, ihre Refinanzierungsstruktur ausgewogener zu gestalten.

Die Marktrisiken in den Handelsportfolios der deutschen Banken sind seit Mitte 2009 deutlich gesunken, wenn auch in diesem Jahr weniger stark [*Folie 8*]. Entsprechend sind die Eigenmittelanforderungen der Institute (mit eigenem Marktrisikomodell) zwischen Juni 2009 und Juni 2010 um gut ein Drittel zurückgegangen. Dazu beigetragen haben eine rückläufige Volatilität, aber auch der Abbau ehemals signifikanter Kredithandelspositionen. Der Ausbruch der Staatsschuldenkrise im Frühsommer dieses Jahres hatte allerdings systemisches Potenzial, was der stark steigende Gleichlauf der Handelsergebnisse erahnen lässt [*Folie 8*]. Offensichtlich waren die Banken mit ihren Eigenhandelspositionen der Krise in sehr ähnlicher Weise ausgesetzt.

Die Forderungen deutscher Banken beinhalten nach wie vor anfällige Segmente, vor allem gegenüber dem Ausland. Dazu gehören die Finanzierung von Gewerbeimmobilien sowie Altbestände an strukturierten Produkten.

Die Lage an den internationalen Gewerbeimmobilienmärkten bleibt schwierig [*Folie 9*]. Vor allem die Preise an den Märkten in den USA und dem Vereinigten Königreich, aber auch in Spanien und Irland sind stark gefallen. Zur Finanzierung gewerblicher Immobilien hat die Bundesbank im Frühjahr dieses Jahres elf große deutsche Banken befragt. Deren Gesamtkreditvolumen betrug rund 325 Mrd. Euro. Auf die USA entfallen rund 15 %, auf das Vereinigte Königreich knapp 9 %. Jedoch überschreiten 90 % der Kredite nicht den Wert der Immobilie, bei etwa 44 % liegt der Beleihungsauslauf bei 60 % oder darunter. Damit sind die Risiken aus den Gewerbeimmobilien insgesamt beherrschbar.

Im Scheinwerferlicht stehen seit Ausbruch der Krise strukturierte Wertpapiere. In den Portfolien der deutschen Banken liegen davon nach wie vor substanzielle Bestände. Zur Jahresmitte 2010 betrug der Buchwert verbriefter Wohnimmobilienkredite 82 Mrd. Euro und der von CDOs etwa 62 Mrd. Euro. Auf verbrieftete Studentenkredite entfielen knapp 34 Mrd. Euro und auf CMBS rund 22 Mrd. Euro [Folie 9]. Das Gesamtvolumen war im ersten Halbjahr nur leicht rückläufig. Dabei ist jedoch zu beachten, dass Wechselkurseffekte die Rechnung stark beeinflusst haben.

Die Risikolage im Auslandsgeschäft deutscher Banken hat sich aufgefächert. So gibt es noch schwierige Segmente, etwa das Baugewerbe in Ländern, deren Immobilienmärkte weiter unter Preisdruck stehen. Doch insgesamt hat vor allem die Bonität der großen, globalen Unternehmen vom weltwirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Im Übrigen ist das De-Leveraging über die Auslandsforderungen, das vergangenes Jahr teilweise zu beobachten war, zum Stillstand gekommen. Der Anteil des Auslandsgeschäfts, gemessen an den ausgereichten Krediten an Nichtbanken, ist dieses Jahr ziemlich konstant bei knapp 21 % geblieben.

Die inländischen Kreditrisiken haben sich stabilisiert. Dazu tragen der gesamtwirtschaftliche Aufschwung bei sowie die Stabilität des deutschen Immobilienmarktes, an dem keine Übertreibungen festzustellen waren. Der Wertberichtigungsbedarf deutscher Banken hat seinen Höhepunkt voraussichtlich bereits überschritten. Im Jahr 2009 betrugen die Abschreibungen circa 37 Mrd. Euro. Für dieses Jahr erwarten wir einen deutlichen Rückgang auf 23 Mrd. Euro [Folie 10]. Zusammengenommen ergeben sich für den Zwei-Jahres-Zeitraum 2009 und 2010 somit Wertberichtigungen in Höhe von rund 60 Mrd. Euro. Im Finanzstabilitätsbericht 2009 hatten wir eine Bandbreite von 50 Mrd. Euro bis 75 Mrd.

Euro geschätzt. Die tatsächlichen Wertberichtigungen liegen somit in der unteren Hälfte der erwarteten Bandbreite.

Der Stabilitätsbericht enthält auch einen Stresstest zur Ertragskraft deutscher Banken im Zins- und Provisionsgeschäft [Folie 11]. Das Risikoszenario unterstellt dabei eine deutliche Abflachung der Zinsstrukturkurve (Rückgang des Unterschieds zwischen Dreimonatszins und der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen um 55 Basispunkte) und einen starken Wirtschaftseinbruch (Rückgang des BIP um 4 %). Dies ist angesichts der aktuellen Wirtschaftslage sicherlich eine sehr skeptische Annahme. Die operativen Erträge (ohne das Handelsergebnis) fallen in diesem Szenario deutlich: Das Zinsergebnis für das gesamte deutsche Bankensystem (gemessen an der Bilanzsumme) vermindert sich um knapp 8 %; die konjunkturgetriebenen Provisionsüberschüsse sinken um 10 %. Hinzu kommen hohe Wertberichtigungen im Falle der unterstellten Rezession. Sie würden nach unseren Schätzungen wieder auf rund 35 Mrd. Euro hochschnellen und lägen damit 9 Mrd. Euro höher als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre.

IV Überwachung des systemischen Risikos

Die Notenbanken, auch die Bundesbank, stehen vor neuen Herausforderungen. Sie müssen systemische Risiken frühzeitig identifizieren, was hohe Anforderungen an die Analysefähigkeit stellt. Sind Systemrisiken erkannt, müssen diese konsequent eingedämmt werden.

Einen Gewinn für die Finanzstabilität stellen die bereits erfolgten Weiterentwicklungen des internationalen Rahmen- und Regelwerks dar. Die Weichen für eine bessere Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken sind gestellt. Diese Maßnahmen werden sich längerfristig

auszahlen und die Stabilität im Finanzsystem deutlich erhöhen. Die in diesem Zusammenhang vielfach geäußerte Sorge vor einer Überforderung der Bankenbranche teile ich nicht.

Doch es bleibt viel zu tun. Dies betrifft vor allem den Umgang mit systemisch relevanten Finanzinstituten und den Hang des Finanzsystems zum (pro)zyklischen Verhalten. Auch müssen wir die Grenzen der regulatorisch erfassten Bereiche künftig stärker im Auge behalten. Schließlich hilft eine strengere Regulierung wenig, wenn Aktivitäten in unregulierte Bereiche verlagert werden und sich Risiken künftig dort konzentrieren. Deshalb müssen wir das Schattenbankensystem angemessen ausleuchten und aufsichtlich erfassen, um Risiken in den volumenmäßig bedeutenden Randbereichen des Finanzsystems frühzeitig zu erkennen.

* * *